

Salz-Beitrag.

Vierteiljahrlicher Jahrgang.

Bezugspreis

Die Galle vierteljährlich 2,50 M., bei... einmonatlich 1 M., ausd. Zustellungsgebühr.

Die Redaktion verantwortlich; Max Scharre in Halle.

Herausgeber: Redaktion Nr. 252. - Expedition Nr. 170.

Anzeigen

weder die Spaltenzahl oder deren... Sonntag und Montag einmal, sonst je einmal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 462.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 3. Oktober

1900.

Agrikultur und Industrie.

Von agrarischer Seite werden gegenwärtig alle Hebel in Bewegung gesetzt, um in dem neuen Zolltarif eine Erhöhung vor allem der Getreidezölle zu erzielen.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Theodor Kammlott, auf welcher sämtliche fürstlichen Hochzeitsgäste teilnahmen. Er, der Kaiser, bracht... erwiderte mit einem Zerknirsch auf den Prinzregenten und die Neuwahlmänner.

Staatssekretär Graf Bülow ist, wie dem „Frank. Kur.“ aus Berlin berichtet wird, erkrankt und muß nach seiner Rückkehr vom Urlaub in Berlin das Zimmer bitten.

Der bisherige spanische Konsul in Breslau, Walter Spornheim, ist zum Honorarkonsul für Spanien in Berlin ernannt, und es sind ihm als Amtsorte die Wohnorte Brandenburg und Posen, der Regierungsbezirk Magdeburg und das Herzogtum Anhalt zugewiesen worden.

Dem Landgerichtspräsidenten A. D. Simon von Balthow und dem Oberlandesratsrat W. H. W. H. in Berlin, ist der Hofe Adlers-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und dem Polizeiberater Krause in Berlin der Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen worden.

Die Glinapolitik vor dem Reichstage.

Zu der national-liberalen „M.-W.-Bl.“ und dem orthodox-konservativen „Meißener“, die beide ihr besonderes Respekt für eine „angemessene“ Behandlung der Glinapolitik der deutschen Regierung im Reichstage anpreisen, hat sich als dritter im Bunde mit die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ gestellt.

Die verhängenen Regierungen müssen angefordert werden, möglichst die Klarheit über die Glinapolitik zu schaffen. In das im Plenum des Reichstages nicht möglich, so muß es in der Kommission geheißen. Der Reichstag hat aber ein volles Recht, ja die unabweisbare Pflicht zu fordern, daß ihm über seinen Vertrauensmännern Klarheit eintrage werden.

Es muß ferner getragt werden, daß die Regierung darauf Bedacht nehme, die Einberufung des Reichstages zu weit hinaus zu schieben. Mit vollem Nachdruck muß hervorgehoben werden, daß diese Einberufung als eine Maßnahme des zweiten Faktors der Glinapolitik aufgeführt werden könnte und aufgeführt werden ist.

Es ist zum selbstverständlichen, daß die Reichstagsler vollkommen bereit ist, die verfassungsmäßige Verantwortung für alles, was geschieht ist, zu tragen; aber es darf nicht verschwiegen werden, daß, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, die Verantwortung schließlich zum Scheitern und Scheitern wird.

Das sind die drei Punkte, die unferes Erachtens hervorgehoben werden dürfen und müssen. Die Verantwortung ist nun einmal da; sie muß anerkannt werden und bildet für beide Faktoren der Glinapolitik, ja auch für den Träger der Reichshoheit eine Schranke, an der nicht gerüttelt werden darf.

Wände meinen, daß die Verfassung der heutige Tag zu zu Fiktion geworden ist und daß man länger daran sitzen muß, den verhängenen Forderungen nach, sich gegenüberstellung Meinung. So lange die Verfassung zu Recht besteht, haben wir lediglich mit ihr und mit denjenigen Faktoren zu rechnen, die die von ihr vorgesehene Verantwortlichkeit tragen. Sollte dieses Verhältnis wirklich schon das Gebräue unserer Unvollständigkeit tragen, so wollen wir wenigstens seinen Teil der Schuld an dieser Entwicklung auf uns laden.

Was das Hauptorgan der Wähler in Vordringen verlangt, bedarf vollkommen mit dem, was die liberalen Parteien — wir nehmen dem Wunsch der „M.-W.“ gemäß die National-liberalen von diesem Begriff aus — schon längst zu thun sich vorgenommen haben. Da es nicht eifersüchtig auf die anderen Parteien sind, werden sie deren Hilfe bei der Interpellation der Regierung im Interesse einer verfassungsmäßigen Lebens gern vollkommen heißen, wir fürchten nur, daß, je näher der Termin des Zusammentritts des Reichstages herantritt, desto mehr der Wunsch der Anhänger der „Deutsche Tagesztg.“ und der von ihr apostrophierten Rechte sich verflüchtigen wird.

Politische.

Wenn die „Deutsche Tagesztg.“ zutreffend insoweit ist, scheinen innerhalb der Regierung selbst die Meinungen zerstreut zu sein. Ein Bericht der „M.-W.“ über die Stellung des Zolltarifs zu belichten. Im Reichstag des Innern wird ansehend die Auffassung eines General- und eines Minimumtarifs bevorzugt, während das Reichstagsamt nach einer Information der „Nationalztg.“ nur einen einzigen Tarif aufstellen will. Das Organ des Bundes der Landwirtschaft, das infolgedessen sehr verstimmt ist, schreibt nämlich:

Die verhängenen Reichstagsler sind unferes Wissens verschiedener Meinung. Von einem Reichstagsamt, und zwar dem ausführenden, wissen wir bestimmt, daß es bis vor kurzem die Auffassung eines General- und eines Minimumtarifs für geboten erachtete. Daß wir auf diesem Standpunkt stehen, brauchen wir nicht nochmals hervorzuheben.

Besonders imponierend ist es allerdings nicht, daß die Regierung, die fortgesetzt durch den Offiziosus des Herrn v. Miquel die

Parteien zur Politik der wirtschaftlichen Sammlung auffordert selbst in einer für die zukünftige Handelspolitik zu grundlegenden Frage, wie der Aufstellung des Zolltarifs, hinsichtlich zu seinem festen Entschluß kommen kann. Der Organ des Bundes der Landwirtschaft hat übrigens berechtigten Grund, auch in anderer Beziehung ängstlich zu sein. Die „W.-Bl.“, die natürlich die agrarischen Wünsche betrifft der Höhe des zukünftigen Getreidezölles nicht unbillig findet, vertritt die agrarische Meinung, daß die deutsche Landwirtschaft sehr wohl in die Lage kommen könnte, den deutschen Bedarf zu decken, durch eine unvortheilhafte Bemerkung günstig das Konzept. Die „W.-Bl.“ schreibt nämlich:

Nach einer früher ausgegebenen Statistik hat der hiesigen eingehende intensive Betrieb die Ertragsleistung des Bodens vermindert. Die Landwirtschaft dürfte demnach an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sein.

Damit erkennt auch die „W.-Bl.“ an, daß die Einfuhr ausländischen Getreides eine Notwendigkeit für die ausreichende Ernährung der Bevölkerung ist. Die Preise des Bundes der Landwirtschaft wird ihr für diese Einzelstände freilich wenig dankbar sein.

Bisher konnte man aus den Berichten der sozialdemokratischen Presse über die Verhandlungen des Wähler-Vorparlaments annehmen, daß bezüglich der Stellung zu der Frage der Weltpolitik eine abweichende Meinung innerhalb der Partei nicht besteht. Diese Annahme ist jedoch eine irrthümliche. Das Hauptorgan der bairischen Sozialdemokraten, die „Münch. Post“, der beinahe alle W. v. W. nahe steht, schreibt in einem Rückblick auf diese Verhandlungen:

Die Debatte über die Weltpolitik trat mehrfach den Charakter der Erörterung mit mehr Augen als der Beweis kraft vorgetragenem Wortschatz an. Immer weitere Kreise.

Parteinachrichten.

Am letzten Sonntag hielt die nationalsoziale Partei ihren Parteitag in Leipzig ab, das nach dem Worten ihres Führers, die in letzter Abend für die Partei ist. Die Entscheidung ist demnach bei der Beibehaltung auf den bisherigen Termin der Reichstagswahl bestimmt herausgegeben. Der erste Gegenstand der Tagesordnung, ein Bericht des Leipziger Buchhändlers Haupt, gelangte nicht einmal zu einer Besprechung.

Dem in seiner Eröffnungsrede von Prof. Baumann ausgesetzten Wunsch, die Beschlüsse mögen auf den Parteitag selbst aufnehmbar sein, und die Delegierten sich die Möglichkeit zu verschaffen, konnte bei der freilichen Stimmung, die über den Verhandlungen lag, nur wenig Rechnung getragen werden.

Man möchte denn die Debatte annehmen über den Antrag des Reichstags Donau, ausdrücklich zu erklären, daß die Haltung der Partei zu dem Wort „Krieg“ nicht geändert werden soll, lediglich eine Abwärtswendung der Redaction vorzuziehen, für die die nationalsoziale Partei als solche nicht die Verantwortung zu tragen habe. Bei diesem Punkte der Tagesordnung ging es ja etwas lebhafter zu. Dem Antiquarier schiedenen Reichstagsredaktionschef W. W. Dr. Scheuen-Preuden, der aus einer Abweisung des Vorwurfs des Chauvinismus befreit, und der schiedenen Reichstagsredaktionschef, der eine Wendung zum Quantitätsmaß vortrug.

Schließlich kommt Demosthenes den Mannmann, Gerlach, Scheffer und Dr. Scheuen entgegen mit folgender Resolution: Für den Einzelnen sind nur Parteimitglieder bindend, der Parteitag selbst hat keine Verbindlichkeit, zu dem Artikel der „Münch. Post“ nicht gegeben. Stellung zu nehmen. Die nationalsoziale Erörterung wurde diesen Anträge, der die Meinung des Reichstagsredaktionschef Mannmann als unumstößlich für die Partei hinlänglich, einmüthig angenommen. Am Dienstag wurde über das nationalsoziale Parteiprogramm verhandelt. Der Reichstagsredaktionschef forderte auf, Parteimitglieder zu treten gegen die Agrarier für die Landwirtschaft.

Soziale Angelegenheiten.

Dem Bundesrat ist der angekündigte Entwurf von Bestimmungen über die Erteilung von Arbeitszeugnissen und gekaufter Eignungsurtheile in offenen Verkaufsstellen zugegangen. Er lautet folgendermaßen:

1. In denjenigen Räumen der offenen Verkaufsstellen, wo die Kundschaf bedient wird, sowie in den so foiden Verkaufsstellen gebührenden Schreivertischen (Comptoirs) muß für die dortselbst beschäftigten Gehilfen und Bedienung eine noch der Zahl dieser Personen ausreichende Eignungsurtheile vorhanden sein. Für die mit der Bedienung der Kundschaf auf beschäftigten Personen muß die Eignungsurtheile so eingerichtet sein, daß sie auch während kürzerer Arbeitsunterbrechungen benutzt werden kann.

2. Die Befähigung der Volksgenossen bleibt unberührt, im Wege der Erteilung für einzelne offene Verkaufsstellen oder durch allgemeine Anordnung für die offenen Verkaufsstellen ihres Bezirkes zu bestimmen, welchen besonderen Anforderungen die Eignungsurtheile in Rücksicht auf die Zahl der Personen, für welche sie bestimmt ist, sowie hinsichtlich ihrer Lage und Beschaffenheit genügen muß.

3. Bei der Vergütung der Bedienung wird folgendes ausgeführt: Von den den Kundschaf bedienten Personen, die den Ertrag von den Verkaufsstellen tätigen Personen die Entlohnung gewährt entwerfen und häufig dauernder Gehaltsbezüge abzugeben in insbesondere den Ländern belagungen, daß sie ihre Arbeit nicht anders als sich selbst verdienen können. In Reichthum dieser Hinsicht wird in dem Berichte der genannten Kommission mit Bezug darauf hingewiesen, daß es nicht als ein berechtigter Gebrauch angesehen werden kann, wenn dem Bedienungspersonal das Eigen im Laden auch dann verboten oder überhaupt unzulässig gemacht wird, wenn seine Stunden zu haben im Laden. Dieser Willkür gegenüber ist Reichthum dieser Hinsicht wird in dem Berichte der genannten Kommission mit Bezug darauf hingewiesen, daß es nicht als ein berechtigter Gebrauch angesehen werden kann, wenn dem Bedienungspersonal das Eigen im Laden auch dann verboten oder überhaupt unzulässig gemacht wird, wenn seine Stunden zu haben im Laden.

4. In unzulässiger Weise werden die gesundheitlichen Folgen des übermäßigen langen Standens bei der Arbeit an ausbreitender Arbeit in den Bedienungsräumen und den zu den offenen Verkaufsstellen gebührenden

Deutsches Reich.

Dol- und Personalnachrichten.

Der Kaiser wird am Donnerstag-Morgen Konstantin verlassen und sich über Langfuhr nach Wiesbaden begeben.

Am Mittwoch sind gestern vormittag 10 1/2 Uhr die staatsamtliche Eheschließung des Prinzen Albert von Preußen mit der Prinzessin Elisabeth von Württemberg. Den Mit nach der Staatsamtliche, von der Prinzessin Albert von Preußen, Freiherz v. Crullstein, vor. Hiermit begaben sich die Hochzeitsgäste im feierlichen Zuge in die Allerhöchsten Hofkapelle, wobei die Braut vom König der Preußen und dem König von Rumänien und der Prinzessin von Baden geleitet wurde, während der Prinzessin von Baden geleitet wurde, während der Prinzessin von Baden geleitet wurde, während der Prinzessin von Baden geleitet wurde.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.

Die agrarische Politik mit ihren Ertragszogenen gefährdet das Fortbestehen der Handelsverträge, wie denn die agrarischen Führer wiederholt aus ihrer prinzipiellen Ablehnung gegen die Handelsverträge kein Hehl gemacht haben.





